

Nachlese

3/4 Kommunalwahlen
in unserer Stadt

Waldstadt/Schlaatz

5-7 Integrationsgarten, Vitamin-Aktion,
Bürgertreff und Eigenheim

Forum

10 Zur Diskussion: Toleranz-Edikt
für Potsdam

Dank an Wähler, Kandidaten und Helfer

Danke – an alle Wählerinnen und Wähler, die den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN ihre Stimme(n) gegeben haben.

Danke – an alle Kandidatinnen und Kandidaten, die mit ihrem Wahlantritt deutlich gemacht haben, wie viele Menschen das Bild der LINKEN in der Öffentlichkeit prägen.

Danke – an alle Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter, die dafür gesorgt haben, dass es ein so erfolgreicher Wahlkampf geworden ist, wie es sich am Wahlergebnis ablesen lässt.

DIE LINKE hat ihr Ziel erreicht, wieder stärkste Fraktion im Stadtparlament zu werden. Das war angesichts der hohen Zahl von Neupotsdamerinnen und Neupotsdamern (35.000, 20%) eine große Herausforderung. Die Zugewinne von 6.757 Stimmen zeigen, wir sind als politische Kraft in Potsdam fest verankert. Positiv ist auch, dass der Ab-wärtstrend der Wahlbeteiligung gestoppt werden konnte. Immerhin 5% mehr Wahlberechtigte sind in die Wahllokale gegangen. Ein – auch wetterseitig – wunderschöner Wahlsonntag klang bei der Wahlparty der LINKEN in der Allee-straße mit gut gelaunten Gästen aus. Ein Novum bei der Potsdamer LINKEN war die Unterstützung durch vier Genossen aus den Partnerverbänden in Baden Württemberg. Sie bedankten sich auf diese Art für die zuvor durch die Potsdamer geleistete Wahlhilfe. So spiegelt sich nicht nur im Wahlergebnis wieder: DIE LINKE ist gesamtdeutsche Partei. Nach den Namen der drei fleißigsten Wahlkämpfer gefragt, lautet meine Antwort: Ingo Korne, Detlef Janson, Stefan Wollenberg.

Pete Heuer, Wahlkampfleiter



Eine Woche vor der Wahl hatte die Potsdamer „Zivilgesellschaft“ mobil gemacht. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, Sportler und Kirchen, sogar die Gastronomen am Luisenplatz hatten sich zu einem „Tag der Demokraten“ zusammengefunden und statteten unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe“ ein buntes Fest aus. Und über tausend Einwohner gesellten sich zu ihnen, während gleichzeitig auf dem Luisenplatz die DVU ihre Landeskundgebung zur Wahl abhalten wollte.

Lediglich um die 30 Interessierte hatten sich vor deren Tribüne innerhalb einer massiven Polizeiabsperrung eingefunden, um die Redner zu beklatschen.

Die gemeinsame Aktion der Demokraten gegen Rechts wird in Zukunft notwendiger denn je sein. Denn mit der DVU sympathisieren nicht nur die 30 Bürger, die sich öffentlich gezeigt haben, sondern die DVU zieht mit hundertmal mehr Wählern, also 2 Prozent (+ 0,5 %), das sind 3734 Stimmen, erneut ins Rathaus ein.

Kinder helfen Kindern

Hans-Jürgen Scharfenberg, der VGS Potsdam und die Karl-Förster-Schule helfen am Schlaatz und Stern

„Irre“ kommentiert Max Fröhlich (11) nur kurz und stemmt für's Foto den dicken Kürbis. Und die anderen in der Runde formieren sich schnell um den kräftigen Burschen aus der Weidenhofgrundschule Am Schlaatz – der etwas kleinere Christopher Kunzmann (11) und die Schulsozialarbeiterin Martina Gäßmann (Mitte), VGS-Geschäftsführer Friedrich Niehaus und seine Mitarbeiterin Brit Meinig (r.) sowie derjenige, der die nötigen Kontakte für die sehr willkommene (und kostenlose) Obst- und Gemüse-„Lieferung“ bahnte – Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Die vitaminreichen Geschenke kommen aus dem Schulgarten der Karl-Förster-Schule in Bornstedt. Seit Jahren kümmert sich der VGS Potsdam um diese Einrichtung sowie um den daneben liegenden „Spiel- und Spaß-Garten“. „Kinder helfen Kindern. Das ist doch das Natürlichste der Welt“, so Niehaus. So sei es ganz normal, dass eben Ernteüberschüsse anderen Schulen, die nicht mit einer reichen Schulgartenernte gesegnet sind, zur Verfügung



gestellt werden, meint der Oberkleingärtner Potsdams. Und Scharfenberg setzt hinzu, dass eben in solchen Schulen wie der Weidenhof nicht jeder Schüler sein tägliches Pausenbrot geschweige denn Obst mitbringe. Deshalb zog er die nötigen organisatorischen Fäden. Siehe SEITE 7.

Auf ein Wort...



Wahlziel erreicht

DIE LINKE hat ihr Wahlziel erreicht, wieder stärkste Fraktion zu werden. Damit ist trotz eines enormen Bevölkerungsaustausches und trotz eines aggressiven und diffamierenden Wahlkampfes der SPD von den Potsdamern anerkannt worden, dass unsere Stadt mit einer starken LINKEN und durch sie eine gute Entwicklung nimmt. DIE LINKE wird sich wie bisher als Partei der sozialen Gerechtigkeit dafür einsetzen, dass alle Einwohner von den Vorzügen der Stadt profitieren. Ein Potsdam für alle – das war, ist und bleibt unser Leitgedanke! Wir werden unverzüglich in die konkrete Sacharbeit gehen und uns in den ersten Initiativen insbesondere dafür einsetzen, dass die Sanierung der Schulen und Kitas bis zum Ende der Wahlperiode 2014 abgeschlossen, das kostenlose Schulessen für sozial bedürftige Schüler zum frühest möglichen Zeitpunkt eingeführt, eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnraum gesichert und ein Ersatz für S13 und Spartacus bereit gestellt wird.

Dr. Hans-Jürgen
Scharfenberg

Die „Kampfkraft der Zivilgesellschaft“

Gedanken nach den Kommunalwahlen und zum Tag der deutschen Einheit

Zwischen Kommunalwahlsonntag und Einheitsfeiertag am 3. Oktober liegt in Brandenburg nicht einmal eine Woche. Haben beide Daten mit dem Alltag der Bürger zu tun? Man weiß doch, dass nur die Parteien noch eine Weile über der Landkarte grübeln werden, weshalb sie z. B. dort in Oberhavel besonders viele oder besonders wenige Stimmen eingesammelt haben. Schließlich winkt oder droht das Superwahljahr 2009, und da soll sich der Bürger wieder angesprochen fühlen und sein Kreuz an der „richtigen“ Stelle machen. Aber müsste es nicht alle Parteien, die sich zur Wahl stellen und bekunden, dass sie sich kompetent und verantwortungsbewusst um das Gemeinwohl sorgen, geradezu aufschrecken, dass von den zwei Millionen Brandenburgern nur eine Million an die Wahlurne gegangen ist? Diesen Aufschrei habe ich nicht gehört. Diese Million ist sozusagen abgeschrieben.

Etwas mehr Aufmerksamkeit bekommen diejenigen, die ihre Stimme den rechten Parteien, DVU und NPD, gegeben haben. In vielen Stadtverordneten- und Kreistagen werden ihre Vertreter sitzen. Sie machen keine 30 Prozent rechte Wählerschaft aus, wie aktuell in Österreich, aber sie zeigen an, dass sich da latent eine Gruppe von Menschen aus der Konsensgesellschaft verabschiedet hat. Als der Innenminister Brandenburgs, Jörg Schönbohm, vor der Wahl gefragt wurde, weshalb sich ein Mann wie Alexander Bode, ein Haupttäter bei der tödlichen Hetzjagd auf den Algerier Omar Ben Noui, zur Wahl ins Stadtparlament von Guben (Spree-Neiße) aufstellen lassen kann, antwortete der oberste Verantwortliche für die innere Sicherheit seiner Bürger: die Bürger müssten ihn ja nicht wählen. Das erscheint demokratisch und logisch, aber dahinter steckt eine Denkfigur, die seit einiger Zeit Konjunktur hat: die Zivilgesellschaft soll es richten: „Wir alle“, die guten Staatsbürgerinnen und -bürger, sind aufgerufen, uns der Gewalt entgegenzustellen und für das Ansehen des Staates zu sorgen, insbesondere nach außen. Aber gilt nicht Brechts Satz auch hier: Armes Volk, das Helden nötig hat!? Und hat nicht der Staat das Gewaltmonopol wahrzunehmen? Nach außen ist er da nicht zimperlich.

Dass am Hindukusch deutsche Interessen mit Aufrufen zu zivilgesellschaftlicher Courage verteidigt werden, wird niemand behaupten können. Obwohl vielleicht gerade dort eine Strategie hel-

fen könnte, die auf zivile Projekte aus ist. In Deutschland selbst hat der Staat das Gewaltmonopol ja auch nicht wirklich in den Safe getan; was der Bundesinnenminister gegen die Terrorbekämpfung noch alles ersinnen wird, könnte demokratische Spielräume massiv einschränken. Also weshalb wird die „Zivilgesellschaft“ aufgerufen – sogar die „Kampfkraft der Zivilgesellschaft“, wie es Matthias Platzeck am Wahlsonntag formulierte und wie es in den Sonntagsreden zum Tag der Einheit und zu anderen Anlässen auch schon von Wolfgang Thierse und Gerhard Schröder beschworen wurde? Es wäre eine Untersuchung wert, was sich

munalen Ebene die „freien Wählergruppen“ viertstärkste Kraft im Land sind, drückt sich darin vielleicht die alte Tradition am ehesten aus? Das wird sich daran erweisen, ob diese Gruppen nur Klientel ihrer eigenen privaten Interessen sind oder ob sie im besten Sinne öffentliche Fragen des Allgemeinwohls stellen.

An die Adresse der LINKEN gerichtet, unter denen es etliche gibt, die den Begriff der Zivilgesellschaft heftig attackieren und wohl am liebsten aus der Argumentation verbannen wollen, sei noch auf Antonio Gramsci verwiesen. In Gramscis Untersuchungen zur Zivilgesellschaft als einem stabilisierenden Teil

Erkenntnis?!

„Generell muss man wohl sagen, dass gewisse Teile der marxistischen Theorie doch nicht so verkehrt sind.“
Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) im „Spiegel“ über die Finanzkrise



für die aus der DDR-Bürgerbewegung gekommenen Politiker damit verbindet und was Gerhard Schröder damit meint. „Mehr Demokratie wagen“, hieß die Forderung von Willy Brandt vor 40 Jahren in der alten Bundesrepublik und in der alten DDR hieß bürgerbewegt sein, dass man an den Entscheidungen des Staates partizipieren wollte. Die alte lateinische ‚societas civilis‘ geht zurück auf die Polis-Vorstellung der Griechen, die in dem Ideal einer „politischen Gemeinschaft“ der Freien gemeinsam das Gute tugendhaft zu verwirklichen strebten. Daneben gab es den Bereich des oikos, den privaten, häuslichen Bereich, der nicht dazu gehörte. Die Tradition der ‚societas civilis‘ ist also nicht auf Gemeininn des Volkes gerichtet gewesen, sondern umfasste eine ausgewählte Klientel und sie durchdrang auch nicht alle Bereiche, sondern meinte vor allem die öffentlichen Angelegenheiten. Wenn heute zumindest auf der kom-

der kapitalistischen Gesellschaft kommt er darauf, dass in den modernen bürgerlichen Demokratien das Konsenspotential in hohem Maße ökonomisch bedingt ist und erst in zweiter Linie auf dem Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure beruht. „Konsens“ wird geschaffen durch ökonomische Zugeständnisse, die mit Gewalt (Arbeitsdisziplin, Unterdrückung von Arbeitskämpfen etc.) und mit sozialer Ausgrenzung kombiniert werden kann.

Um diesen Ideen weiter zu folgen, könnte man sich am Tag der Einheit Sabine Kebirs Buch über Gramsci ausleihen („Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik“; Hamburg (VSA) 199) oder auch Ulrich Becks „Erfindung des Politischen“. Man kann wohl mit Beck einer Meinung sein, dass die Zivilgesellschaft „kein Kostensenkungsprogramm“ ist oder die „größte denkbare Rationalisierungsmaßnahme im öffentlichen Dienst“.

„Der Neoliberalismus missbraucht die Lobpreisung der ‚Zivilgesellschaft‘, um Kosten und Probleme auf den so genannten ‚selbstverantwortlichen Bürger‘ abzuwälzen, der dadurch zum ‚Müllschlucker‘ systemischer Widersprüche gemacht wird.“ (Ulrich Beck in der Süddeutschen Zeitung vom 23. Juni 2001).

Dem ist zum Tag der Einheit nichts hinzuzufügen. M.B.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg.

Einzelnachhilfe - zu Hause -
alle Klassen/alle Fächer
in allen Orten der Kreise PM und TF
Hermann-Eilfein-Str. 21,
14467 Potsdam
Potsdam 0331 - 600 68 56
Werder 03327-73 21 62
Teltow 03328 - 33 98 49

ABACUS
NACHHILFENSTITUT
www.abacus-nachhilfe.de

„Jann Jakobs sollte zurücktreten“

Oberbürgermeister unterlag deutlich gegen Hans-Jürgen Scharfenberg

Ja, es ist geschafft. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Hans-Jürgen Scharfenberg hatte die wohl härteste Nuss zu knacken. Kein geringerer als der Oberbürgermeister Jann Jakobs hatte sich just im Wahlkreis 4 als Spitzenkandidat der SPD aufstellen lassen, in dem sein ärgster Rivale, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Hans-Jürgen Scharfenberg, seit Jahren aktiv ist.

Ausgestattet mit dem „Oberbürgermeisterbonus“, hatte sich Jakobs dorthin gewagt, wo Hans-Jürgen Scharfenberg seinen Wahlsieg von 2003 verteidigen musste.

Nicht nur der Bekanntheitsgrad des Stadtoberhauptes sollte punkten (obwohl der Oberbürgermeister ja gar nicht zur Wahl stand und Jann Jakobs das Stadtverordnetenmandat nicht annehmen würde), sondern auch die von ihm auf den ersten Blick „gefühlte“ positive Bilanz seiner Amtszeit in der Landeshauptstadt.

Die Rechnung ist nicht aufgegangen: 6624 Stimmen fing Jakobs für die SPD ein, für Hans-Jürgen Scharfenberg entschieden sich dagegen 10225 Wählerinnen und Wähler. Offensichtlich hatte sich Jakobs etwas übernommen – ist es etwa ein Zeichen für Realitätsverlust beim Oberbürgermeister? Eine Legitimation für seinen gegen Scharfenberg nur knapp erkämpften Posten im Jahre 2002 wollte Jakobs bekommen, so seine Begründung für die viel kritisierte Kandidatur. Wollte man dieser Argumentation jetzt noch konsequent folgen, ist eine Delegation dabei herausgekommen. Nur 29,2 Prozent der Wähler stimmten

im Wahlkreis 4 für seine SPD. Offensichtlich hatten 40,3 Prozent der Wähler eher nach der eigenen Erfahrung im Wohngebiet und den Entwicklungen in der Stadt abgestimmt: Denn die LINKEN war zwar auch zuvor stärkste Fraktion, musste ihre Ansprüche auf bürgernahe, sozial ausgewogene Stadtpolitik aber fast immer gegen die Allianz der vom Oberbürgermeister angeführten Rathauskoalition durchsetzen.

Dennoch konnten die LINKEN überzeugende Zeichen in der Stadtentwicklung setzen, der Landeshauptstadt geht es gut, mit der LINKEN und durch sie. Denn hätte Jann Jakobs freie Hand gehabt mit seiner SPD-Fraktion, stünde heute auf der Drewitzer Brache ein Baumarkt, Porta hätte keine Chance gehabt, es würde 250 Arbeitsplätze weniger geben. Das Klinikum Ernst von Bergmann wäre mit dem St. Josefshaus fusioniert und die Stadt hätte keinen Einfluss auf die Entwicklung des Gesundheitsangebots gehabt. Das Niemeyerbad würde weitere Millionen verschlingen, das Stadtschloss wäre ohne den von der LINKEN initiierten Begleitbeschluss zur vorrangigen Sanierung von Kitas, Schulen, dem Alten Rathaus, der Stadt- und Landesbibliothek gebaut worden. Potsdam hätte auf lange Sicht als einzige Landeshauptstadt kein Tierheim, die Metropolis-Halle wäre in der Speicherstadt und nicht im Filmpark gebaut worden. Und die Weiße Flotte könnte das Projekt Palmenzelt vergessen. Der Campus Am Stern, der Offline-Klub im Kirchsteigfeld, das Schulprojekt in Potsdams Norden und vieles andere mehr würden nicht gebaut werden.



Die persönliche Konfrontation mit dem Fraktionschef der LINKEN hat Jakobs gesucht – und eindeutig verloren, seiner eigenen Argumentation zufolge auch keine Bestätigung für seine Oberbürgermeisterpolitik bekommen. „Es wäre im Interesse der Glaubwürdigkeit, wenn der Oberbürgermeister von seinem Amt zurücktreten würde“, fordert Hans-Jürgen Scharfenberg mit der Linksfraktion.

rd

Wahlnotizen

- Insgesamt 125.500 PotsdamerInnen waren berechtigt, die 56 Stadtverordneten zu wählen.
- 64.909 PotsdamerInnen gingen zur Wahl. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 51,1%.
- In 9 Ortsteilen wurden gleichzeitig Ortsbeiräte gewählt.
- Außerdem fand eine Ausländerbeiratswahl in Form einer Briefwahl statt.
- Im Einsatz waren 880 Wahlhelfer. Die meisten aus der Stadtverwaltung.
- Jeder 7. Wähler nahm an der Briefwahl teil – insgesamt waren es 10.210.
- In Potsdam stellten sich 496 Kandidaten aus 13 Parteien, politischen Vereinigungen und Listenvereinigungen zur Wahl.
- Von 64.909 Wählern wurden 188.729 gültige Stimmen abgegeben. 1.583 waren ungültig.
- Das höchste Ergebnis errang DIE LINKE (31%), gefolgt von der SPD (27,1%), der CDU (11,8%) und Grüne/B 90 (8,3%).
- DIE LINKE bleibt mit 17 Sitzen die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Quelle: www.potsdam.de

Wahlkampfunterstützung von „ganz oben“



Gregor Gysi, der Bundestags-Fraktionsvorsitzende der LINKEN, hatte kurz vor der Wahl noch einmal für ein volles Haus im „Treffpunkt Freizeit“ gesorgt. Unnachahmlich in seinen schlüssigen Argumentationen und der Art und Weise, wie er linke Politik als einzige Alternative gegen den ungezügeln Kapitalismus verständlich machte, gab er den richtigen Schwung für die letzte Wahlkampfetappe.



Thomas Nord, der Landesvorsitzende, punktete am Info-Stand der Kandidatin des Wahlkreises Olga Schummel in Babelsberg beim Gespräch mit den Wählern und vor allem auch mit der Spielecke für die Kinder.

Unsere Abgeordneten in der neuen SVV

DIE LINKE bleibt stärkste politische Kraft in Potsdam



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (10.225 Stimmen), Jg. 1954, Landtagsabgeordneter



Rolf Kutzmutz (10.139 Stimmen), Jg. 1947, Dipl. Wirtschaftler



Anita Tack (4.943 Stimmen), Jg. 1951, Dipl. Ing., Landtagsabgeordnete



Dr. Karin Schröter (4.447 Stimmen), Jg. 1954, Wissensch. Mitarbeiterin



Birgit Müller (2.400 Stimmen), Jg. 1949, freiberuflich



Ralf Jäkel (1.771 Stimmen), Jg. 1960, Dipl. Ingenieur



Pete Heuer (1.636 Stimmen), Jg. 1967, Angestellter



Dr. Herbert Schlomm (1.426 Stimmen), Jg. 1934, Dipl. Philosoph, Rentner



Peter Kaminski (1.079 Stimmen), Jg. 1956, Angestellter



Dr. Klaus-Uwe Gunold (867 Stimmen), Jg. 1952, Dipl. Arabist, Jurist



Dr. Gabriele Herzel (865 Stimmen), Jg. 1947, Dipl. Lehrerin



Jana Schulze (853 Stimmen), Jg. 1964, Wahlkreismitarbeiterin

Die Stadtverordneten wurden am 28. September für die Zeit von sechs Jahren gewählt. DIE LINKE ist stärkste Kraft in der Landeshauptstadt geblieben und zieht mit 17 Stadtverordneten (siehe unten) in das Parlament. Am 27. Oktober 2008 findet die erste, konstituierende Sitzung der neuen SVV statt.



Hella Drohla (543 Stimmen), Jg. 1943, Dipl.-Lehrerin, Rentnerin



Stefan Wollenberg (542 Stimmen), Jg. 1977, Angestellter



Dr. Sigrid Müller (471 Stimmen), Jg. 1954, Geschäftsführerin



Brigitte Oldenburg (391 Stimmen), Jg. 1943, Dipl. Juristin, Rentnerin



Jens Gruschka (332 Stimmen), Jg. 1986, Student

Wahlparty in der Alleestraße

Schon gegen 17.30 Uhr am Wahlsonntag kamen die ersten „Party-Gäste“ zum Haus Alleestraße 3. Vor allem die Presseleute blickten schon suchend nach möglichen Gesprächspartnern. Auf dem Hof und im Souterrain war für Speis und Trank gesorgt. Einige mühten sich damit ab, auch für draußen die Übertragung der Wahlergebnisse abzusichern. Kandidaten aus den einzelnen Wahlkreisen fanden sich ein. Parteimitglieder und Sympathisanten kamen dazu. In kleinen Gruppen nutzte man die Zeit, dieses oder jenes Problem loszuwerden bzw. den zukünftigen Stadtverordneten mit auf den Weg zu geben.

Zwei junge Genossen erinnerten sich an zurückliegende, gemeinsam durchgestandene Wahlkämpfe - Michael Kahle aus Potsdam und Carsten Labudda aus dem baden-württembergischen Weinheim. Micha hatte den Genossen vor einem Jahr im Südwesten geholfen. Und Carsten war nun als „Gegen-

besuch“ für eine Woche hier in Potsdam dabei, wenn's um Zettel stecken, Infostände betreiben und Plakate kleben ging. „Wir haben euch nicht vergessen“, so Labudda, Ortsvereinsvorsitzender der LINKEN in Weinheim. „Schließlich verdanken wir auch eurer Hilfe, dass wir heute der stärkste Ortverein in Baden-Württemberg sind.“

Punkt 18.00 Uhr erklingt lautes Lachen und Beifall aus dem Haus. Auf der großen Leinwand waren die ersten Hochrechnungen für Bayern zu sehen. Doch der Jubel betraf nicht die dort zu sehenden Ergebnisse der bayrischen LINKEN. Wenn auch die 4,5 % ein höchst achtbares ist für einen Start quasi aus dem Nichts. Nein. Die gebrochene (Über-)Macht der CSU in Bayern wurde beklatscht. Die Presse umlagerte in der Zwischenzeit den Landesvorsitzenden der LINKEN, Thomas Nord, sowie LINKE-Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nutzte die Zeit, um Ingo Korne für seine fleißige Arbeit als Wahlhelfer zu würdigen. Dank an Ingo und dazu ein Hotelgutschein für Warnemünde.

Gerlinde Krahmert (Rathaus-report) sammelte dann die Spitzenkandidaten um sich, um mit ihnen noch einmal den Wahlkampf Revue passieren zu lassen. Sie stand außerdem per Handy in Verbindung mit dem Stadthaus, von wo sie die aktuellen Wahlkreisergebnisse erhielt. Besonderer Beifall kam auf, als sich immer mehr abzeichnete, dass der Oberbürgermeister Jakobs, der ja im Wahlkreis IV zum direkten Vergleich gegen Dr. Scharfenberg angetreten war, sein Ziel nicht erreicht hatte. Schon das war ein Grund, eine Party zu feiern. Denn DIE LINKE ist und bleibt die stärkste politische Kraft in der Landeshauptstadt

Nach der Freude kam der Schock

Erneuter Brandanschlag auf Integrationsgarten nach dem Sommerfest

Es ist schon ein ungewöhnlicher Garten, der da hinter den Plattenbauten am Schlaatz liegt. Nicht nur, dass er mit 3500 Quadratmetern eine beachtliche Größe aufweist, er gehört auch keinem Gartenverein, sondern dem Kulturbund. „Neue Wurzeln schlagen“ nennt die Geschäftsführerin des Kulturbundes Brandenburg, Carla Villwock, das Programm, in dem zur Zeit 13 Familien aus acht Nationen ihre Beete in ihrer heimatlichen Tradition bestellen.

Zwischen den Familien wirtschaften Mädchen und Jungen der benachbarten Grundschule. Die Parzellen sind gefragt unter den Spätaussiedlern, die in Deutschland eine Heimat suchen. Hier, im Wohngebiet am Schlaatz, ist der Anteil ausländischer Bewohner mit zwölf Prozent überdurchschnittlich hoch. Zahlreiche solcher Gärten gibt es in ganz Deutschland, die unter dem Dach der „Stiftung Interkultur“ zusammenarbeiten.

Am vergangenen Wochenende war Sommergaleriefest im Integrationsgarten: Die Kinder hatten Bilder gemalt, Windspiele geflochten, aus Pappmaché Figuren gestaltet, und die Familien hatten das Fest mit heimatischen Köstlichkeiten ausgestattet. Hinrich Enderlein, der erste Kulturminister Brandenburgs nach der Wende und jetzige Vorsitzende des Brandenburgischen Kulturbundes, mischte sich unter die Gäste. „Das ist das Beste, was wir an Integrationsbemühungen in Brandenburg haben - Integration von unten, hier lernen schon die Kinder andere Kulturen kennen, leben mit ihnen zusammen und beweisen, wie gut das geht.“

Doch da gibt es eben auch Menschen aus einer anderen Gedankenwelt. Schon mehrfach ist die Gartenlaube Ziel von Anschlägen geworden. Potsdamer Unternehmen und die Fraktion der LINKEN halfen mit Arbeit und Material, errichteten und statteten ein neues, brandsicheres Gemeinschaftshaus aus, das für die Treffs der Gemeinschaft genau richtig ist.



Zwei Tage nach dem Gartenfest, brannte es erneut im Integrationsgarten. Das Grüne Klassenzimmer, ein Holzverschlag, in dem die Schüler ihre Werkzeuge und Materialien lagern und bei schlechtem Wetter unterkommen können, fiel den Flammen zum Opfer. Ein Schock für alle, die sich aufopferungsvoll um den Integrationsgarten kümmern.

Umgehend hatten die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung schon am nächsten Tag beschlossen, mit einer Aufräumaktion den Schaden erstmal zu beseitigen und ein Zeichen dafür zu setzen, dass sie sich einig sind, Fremdenfeindlichkeit in Potsdam keine Chance auf nachhaltige Ergebnisse zu geben.

rd



Vitamin-Geschenke für Kinder an Schlaatz und Stern

„Kinder helfen Kindern“ – VGS Potsdam und LINKE organisierten Obst und Gemüse für Weidenhofscheule und Kindertreff/ Dank an Bornstedter Förster-Schule

Um es vorweg zu nehmen: Bei der Obst- und Gemüse-Hilfsaktion Ende September sahen wir viele fröhliche Kindergesichter. Und schon das bestätigte den Wert einer solchen Hilfsaktion.

Doch berichten wir der Reihe nach. Schon vor einiger Zeit klopfte der LINKEN-Fraktionsvorsitzende der Potsdamer SVV, Hans-Jürgen Scharfenberg, beim VGS-Kreisverband der Landeshauptstadt an in Sachen Hilfe für Bedürftige. Ging und geht es doch darum, vor allem sozial schwächer gestellten Menschen in der Stadt mit Ernteüberschüssen zu helfen (wir berichteten). Eine Verbindung zur Potsdamer Tafel ist bereits hergestellt. Und man versucht in diesem Jahr quasi den „Probelauf“ für ständige Lieferungen an diese soziale Einrichtung.

„Kinder helfen Kindern“ – diese Idee hatte der VGS-Kreisgeschäftsführer Friedrich Niehaus. Und was lag näher für ihn, als im vom VGS betreuten Schulgarten der Karl-Förster-Schule Bornstedt nachzufragen in Sachen Ernteüberschüsse.

Von dort kam eine positive Antwort. Ein Anruf bei Scharfenberg und schon waren zwei soziale Einrichtungen in der Stadt ermittelt. Und so rollten an einem sonnigen Herbsttag die VGS-Vertreter sowie Scharfenberg und die Stadtverordnete der LINKEN, Jana Schulze, nach Bornstedt. Dort wurden wir bereits erwartet von Jörg Jandke und den Schülern Moyo Skeib (9) und Konstantin Pohl (8). Schnell war



das Auto mit frischem Obst und Gemüse beladen und ab ging's zur ersten Ablieferungsstelle, der Weidenhof-Grundschule am Schlaatz.

Hier erwarteten uns die Schulsozialarbeiterin Martina Gäbner sowie die Schüler Max Fröhlich und Christopher Kunzmann. „Wunderbar“, so die sichtlich gerührte Sozialarbeiterin. „Die Äpfel werden wir sofort verteilen“, setzte sie hinzu. Denn Max und Christopher blickten schon sehnsüchtig auf die rotbäckigen Früchte. Die Kartoffeln sollen für Aufläufe in der Koch-AG genutzt werden. „Und der Kürbis wird seinen Ehrenplatz erhalten in der Ausstellung in zwei Wochen“, erklärte sie. Da wird es die Herbstprojekttag „Schule schmeckt“ an der „Weidenhof“ geben. Hier werden die Schüler auch ihre Produkte aus dem dicht beiliegenden Integrationsgarten zeigen.

Weiter ging die Fahrt, denn noch drei Kisten mit Obst und Gemüse wollten verteilt werden. Nächstes Ziel war der Kindertreff am Stern, eine Einrichtung des STIBB e. V. Hier freuten sich die beiden Praktikanten Saskia Lapp (21) und Markus Franke (24). Die Beiden unterstützten die drei festen MitarbeiterInnen der sozialen Einrichtung für Kinder zwischen 7 und 13 Jahren. Und auch hier waren die vitaminreichen Geschenke höchst willkommen. Insgesamt also eine Aktion, die allerseits Freude und Dankbarkeit auslöste. Und die – so waren sich die Beteiligten einig – Wiederholung haben wird. Schon wegen der fröhlichen Kindergesichter.

bm



Nachgefragt zur Eigenheimsiedlung

Zwei in den letzten Monaten in der SVV beschlossene Anträge der Fraktion DIE LINKE betrafen die Eigenheimsiedlung. Was ist daraus geworden?

Der Antrag zur Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens Nr.25 (07/SVV/0553) wurde im April im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen in Anwesenheit von vier engagierten Bürgern und der Stadtverordneten Hella Drohla mit Herrn Goetzmann und Frau Britz diskutiert. Ziel des Gespräches war es, sich über Begrenzungen von Baumaßnahmen im Interesse der Mehrheit der Bürger zu einigen, um den Charakter der Sied-

lung durch kleinteilige Zweitbebauung der Grundstücke zu erhalten. Wenige Details wurden kontrovers diskutiert, aber wir konnten uns einigen, und inzwischen werden für die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens von der Stadt bereits Angebote von Planungsbüros eingeholt.

Der zweite Antrag betraf die Parkplatzsituation in der Siedlung (08/SVV/0251). Die Fahrzeuge der Schüler und Azubis des OSZ II verstopften die Straßen völlig. Am 26.6. fand mit der Baubeigeordneten, Frau Dr. von Kuick-Frenz, dem Ordnungsamt, dem KIS, der Sicherheitspartner-

schaft, engagierten Bürgern und den Stadtverordneten Drohla (DIE LINKE) und Schröder (CDU) ein Vor-Ort-Termin statt. Es wurde vom KIS zugesichert, dass die Sanierung des OSZ II im September 2008 beendet sei und damit wieder der normale Schulbetrieb im Haupthaus in der Waldstadt II stattfinden wird.

Dem Gedanken, die linke Freifläche des Schulgeländes generell zu einem öffentlichen Parkplatz für Schule, Bewohner und Waldspaziergänger anzulegen, kann aus finanziellen Gründen nicht gefolgt werden. Zudem gehört diese Fläche zum Schulgelän-

de der Internationalen Grundschule in freier Trägerschaft, an die das Gelände per Mehrheitsbeschluss der SVV im Juli vergeben wurde. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Schule zur Parksituation positioniert, denn neben den eigenen Schülern werden nun für zwei Jahre Hortkinder aus der Waldstadt I per Bus zur Nachmittagsbetreuung an den Ravensbergweg gefahren.

Wir werden den weiteren Verlauf aufmerksam begleiten!

Hella Drohla

Der Bürgertreff in Waldstadt – eine unendliche Geschichte ...



... wird es hoffentlich nicht. Gut acht Jahre nachdem die Bürgerinitiative Waldstadt diese Idee eingebracht hat, ist jetzt endlich Bewegung in die Sache gekommen. Bereits 2003 hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, genau einen solchen Treffpunkt für die Menschen im Stadtteil Waldstadt einzurichten. Passiert ist in den letzten fünf Jahren allerdings herzlich wenig. DIE LINKE hat in der gesamten letzten Wahlperiode dieses Thema immer wieder in der SVV gestellt. Die Stadt hatte immer wieder dagegen argumentiert, dass für eine solche Einrichtung kein Bedarf da sei oder die Finanzen fehlten.

Durch den Neubau des AWO-Mehrzwecksaales neben dem Käthe-Kollwitz-Heim war eine Möglichkeit greifbar geworden, einen solchen Plan umzusetzen. Der jetzt durch die Stadtverordneten zusätzlich gefasste Beschluss, den derzeit leer stehenden Buchladen zu einem zentralen Anlaufpunkt für die Menschen im Stadtteil zu nutzen, ist gut. Dort könnte ein Quartiersmanagement für die Wohngebiete in Potsdams Süden eingerichtet werden. Die gemeinsame Nutzung mit einem Quartiersmanagement für unseren Stadtteil ermöglicht vielfältige und übergreifende Aktivitäten.

Im nächsten Jahr wird unser Stadtteil 30 Jahre, na

ja alt. Und da es eine ordentliche Feier werden soll, am besten ein ganzes Jahr lang, soll das auch gründlich vorbereitet werden. Da braucht man auch einen Ort, an dem man gemeinsam Ideen finden und ausleben kann. Der Stadtteiltreff, dort im Zentrum der Waldstadt, kann ein solcher Ort sein. Bleibt nur zu hoffen, dass die Stadt auch die nötigen Mittel für eine solche Nutzung einstellt. Nicht, dass es wieder heißt ... Sie wissen schon. Die Bürgerinitiative wird aufmerksam bleiben und die Umsetzung des Beschlusses gegenüber der Stadt weiter einfordern.

Tino Henning, Bürgerinitiative Waldstadt

„Mün(t)e is back“ schreibt Kai Weber in der „Potsdamer Rundschau“ Nr. 7 vom September 2008. Erstaunlich: Schon nach wenigen Tagen darf der Name Kurt Beck nicht mehr korrekt genannt werden. Also stellen wir richtig: Mün(t)e is(t) Beck. Nachdem er zuvor Schröder war.

Das freut uns, gehen beide, Mün(t)efering und Beck, doch jetzt wieder den Tätigkeiten nach, für die der Steuerzahler sie bezahlt. Nicht dass Ihre vorherige Arbeitsniederlegung groß bemerkt worden wäre. Gut, bei Mün(t)efering schon ein wenig. Schließlich haben wir immer noch die Rente mit 67 und nicht mit 69 oder 70. Wie angesichts des fortschreitenden Alters des Herrn zu befürchten stand, wäre er Sozialminister

Glossiert

Mün(t)e is Beck

geblieben. Beck hingegen hat in den letzten Monaten einige Weinfeste weniger besucht. Was wahrscheinlich gut für ihn war. Ansonsten hat man nicht wirklich bemerkt, dass Rheinland-Pfalz nicht regiert wurde. Kein Chaos brach aus, keine Anarchie.

Womit wir in Brandenburg sind. Denn Beck war ja einmal Platzek. Der hatte auch kurzzeitig versucht, Mün(t)e zu sein. Für Platzek spricht, schneller als Beck gemerkt zu haben, dass sein Fehlen im Lande kaum auffällt. Und da die

ganze Chose in Berlin doch arg unsicher war, hat er noch schnell das Schlagwort von der „vorbeugenden Sozialpolitik“ unter das Volk gestreut und sich wieder aufgewohnten märkischen Boden begeben.

Die „vorbeugende Sozialpolitik“ soll wohl bedeuten, dass die Bildung verbessert werden soll und man dafür jetzt schon bei den Sozialausgaben sparen kann. Sozusagen eine nachgelieferte ideologische Begründung für die Hartz-Gesetze.

Und damit sind wir in Potsdam. Wo Jakobs jetzt den Platzek gibt, der mal Mün(t)e war, der für Hartz mit verantwortlich ist, weshalb viele Kinder ohne Essen in die Schule kommen und sich das Essen dort nicht leisten können.

Und Jakobs als Mün(t)e lehnt kostenloses Schulessen für Bedürftige ab. Also keine „vorbeugende Sozialpolitik“ in Potsdam. Weil das als Sozialtransfer gesehen wird (woran man nach Ansicht der Sozen sparen soll, siehe „vorbeugende Sozialpolitik“) und nicht als Investition in die Zukunft. Das sind in Potsdam anscheinend nur Steine, möglichst historisierend, die in der Mitte der Stadt verbuddelt werden. Mün(t)e is back? Mün(t)e war nie weg, er verkleidet sich nur!

Uw

„Verbrüderung zwischen Militär und Zivil“

Oktober 1848

Die 1848er bürgerlichen Ideen nach Freiheit, Rechten und Gerechtigkeit für alle hatten auch vor den Toren der königlich-preußischen Residenzstadt Potsdam nicht Halt gemacht. Erinnert sei an das Wirken des Maximilian Dortu (29. Juni 1826 – 31. Juli 1849), der sich in Potsdam als eine der führenden Persönlichkeiten in dieser revolutionären Situation erwiesen hatte.

Zwar lagen die revolutionären Märzergebnisse Monate zurück, doch gärte es noch immer in Potsdam. Und nicht nur in Kreisen des Bürgertums, auch beim Militär, denn gerade für die Soldaten – auch

in der Garnisonstadt Potsdam – hatten sich, trotz Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, hatte sich an den oftmals bedrückenden Verhältnissen nichts geändert. Und der Wille zur Veränderung glimmte noch. So fand am 1. Oktober 1848 eine Volksversammlung mit Bürgern und Soldaten in Potsdam statt. In dem Bericht des Oberpräsidenten der Provinz an den preußischen Minister des Innern heißt es dazu: „...die zweite Volksversammlung zur Herbeiführung einer ‚Verbrüderung zwischen dem Militär und Zivil‘ [ist] abgehalten worden... Der Zweck geht entschieden dahin, in dem

Militär den Glauben zu wecken, dass es bisher unter einem ungerechtfertigten Drucke gelebt habe, auf eine Verbesserung seiner Lage Anspruch machen könne und diese Verbesserung von den Volksfreunden, aber auch nur von diesen zu erwarten habe.“

Freilich blieben diesen Bemühungen die Erfolge versagt. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lage der Soldaten wurden von den Mächtigen genauso erstickt wie die Träume der Revolutionäre von 1848.

-rt

Bildung der Pädagogischen Hochschule

Oktober 1953

Am 19. März 1948 hatte die Sowjetische Militäradministration für die Provinz Brandenburg (SMA) den Befehl Nr. 45 erlassen. Der sah vor, eine Landeshochschule zu gründen. Der Befehl ist damit die Geburtsurkunde für Potsdam als Stadt der Hochschulen und Universität. In dem Befehl heißt es: „Dem Ansuchen des Ministerpräsidenten der Landesregierung Brandenburg [ist] zu entsprechen und ihm [ist] zu gestatten, in Potsdam eine Hochschule unter dem Namen ‚Brandenburgische Pädagogische Hochschule‘, bestehend aus zwei Fakultäten – einer pädagogischen und einer allgemein-wissenschaftlichen – zu eröffnen...“

Bereits am 1. November begann an der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam der Lehrbetrieb mit 178 Studenten und 25 Wissenschaftlern.

Die 2. Parteikonferenz der SED (9. – 12. Juni 1952), die beschloss, den Sozialismus in der DDR aufzubauen, zog auch eine inhaltliche Umprofilierung der Landeshochschule nach sich – und im Gefolge eine Namensänderung.

Am 1. Oktober 1953 wurde die Brandenburgische Landeshochschule in Pädagogische Hochschule Potsdam umbenannt. Rektor wurde der Historiker Prof. Dr. Arno Müller, der bereits seit 1951 der Landeshochschule vorgestanden hatte. Im neu-

en Statut der Hochschule wird gefordert, „...hochqualifizierte Lehrer für die Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen...“ auszubilden, „...die die Methoden der fortgeschrittenen Wissenschaft beherrschen, umfassende Fachkenntnisse besitzen, der Sache des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft treu ergeben und bereit sind, unermüdlich für ein einheitliches, unabhängiges demokratisches Deutschland zu kämpfen.“ Der letzte Passus wurde nach 1961 gestrichen. Dem Voranstehenden kam die spätere Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ bis 1989 nach.

1. Bezirksmesse der Meister von morgen (MMM)

Oktober 1958

Die junge Generation an die Lösung wissenschaftlich-technischer Probleme heranzuführen, war eine Selbstverständlichkeit in der DDR. Waren es erst die „Klubs junger Techniker“ oder auch „Klubs junger Naturforscher“, so verlagerte sich dieser Prozess Mitte der 50er Jahre in die Betriebe. Es entstand die Bewegung „Messe der Meister von morgen“

(MMM). Folgerichtig fand vom 1. – 11. Oktober 1958 in Potsdam die 1. Bezirksmesse der Meister von morgen im „Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ statt. Die „Klubs junger Techniker“ aus der Industrie, dem Bauwesen, dem Transportwesen und der Volksbildung sowie der Landwirtschaft stellten die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Träger der MMM-Bewegung waren die Bezirksleitung der FDJ, der Rat des Bezirkes Potsdam, der Bezirksvorstand Potsdam des FDGB, der Bezirksvorstand Potsdam der Kammer der Technik (KdT) und der Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF).

wegung waren die Bezirksleitung der FDJ, der Rat des Bezirkes Potsdam, der Bezirksvorstand Potsdam des FDGB, der Bezirksvorstand Potsdam der Kammer der Technik (KdT) und der Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF).

„Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, ...

Oktober 1968

...sobald sie die Massen ergreift...“ Dieses Marx-Wort könnte in den Ausführungen Harry Stritzkes, Sekretär der Kreisleitung Potsdam der SED, am 1. Oktober 1968 zur feierlichen Eröffnung des Parteijahres 1968/69 für den Kreis Potsdam gefal-

len sein. Weiter forderte er „...ein hohes Niveau in der Vermittlung und Aneignung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft...“ und „...zielstrebig die klassenmäßige Erziehung zu verbessern...“ Es geht, so führte er abschließend aus,

„...um die Erhöhung des Staatsbewusstseins und um anwendungsbereite Kenntnisse unserer Theorie.“

Die Geschichte gibt Antwort darauf, wie wirksam diese Forderungen umgesetzt wurden.

„Wo gepflügt wird, soll auch gesät werden“

Demonstrativer Spatenstich für neuen Offline-Club des SC Potsdam auf dem Kirchsteigfeld

Sie haben einfach angefangen. Seit 2004 wird dem SC Potsdam, der seit seiner Gründung 1994 die Kinder- und Jugendarbeit (außerhalb des Leistungssports) als wichtige Aufgabe in seiner Satzung festgeschrieben hat, ein Neubau für seine Jugendarbeit im Kirchsteigfeld versprochen. „Bürokratische Tricksereien“, haben die von der Stadt genannten Termine im Zweijahresrhythmus immer wieder verstreichen lassen. Im Oktober sollte Baubeginn sein, nun wollte der Sportclub Tatsachen schaffen.

Er lud zum symbolischen 1. Spatenstich ein, um die notwendige Baufreiheit für den Neubau des Multifunktionsgebäudes zu schaffen. Einen starken Partner hat der SC gefunden, der mit seiner Charity-Aktion den Verein ohnehin schon bei der Jugendarbeit unterstützt. Das porta-Einrichtungshaus unterstützte die Verlegung der Beachvolleyballanlage mit der notwendigen Maschinenteknik. Jens Buskies, der porta-Geschäftsleiter in Potsdam, sagte es so: „Wir haben in Potsdam die erfolgreichste Eröffnung eines Standortes gehabt, wir fühlen uns hier sehr wohl, Potsdam liegt uns am Herzen, und wir wollen diesem Stadtteil, in dem wir arbeiten, auch etwas wiedergeben.“ In Anbetracht der immer wieder verschobenen Bautermine und der Initiative des SC, einfach zu beginnen, meinte der Geschäftsmann: „Wer umgräbt, der will auch säen.“

Oberbürgermeister Jann Jakobs konnte den Termin des Spatenstichs so kurz vor der Wahl nicht ignorieren, sah sich sogar gezwungen, einen konkreten Termin, den 29. Januar, für die Grundsteinlegung zu verkünden. Wer die Vorgeschichte nicht kennt, mag einfach erfreut sein. Linksfraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg ließ sich den Anlass aber nicht nehmen, im feierlichen Moment zu versprechen, dieses Datum nicht aus dem Auge zu verlieren, damit „die Aussagen des Oberbürgermeisters nicht wie bisher als Luftblase am Himmel zerplatzen“.

Auf dem Gelände des Offline-Clubs des SC Potsdam soll ein Neubau die Übergangslösung der bisherigen Container ablösen. Ein Jugendklub, ein Sportfunktionsraum und ein Multifunktionsraum sollen hier auf dem Kirchsteigfeld entstehen. 60 bis 80 Jugendliche des Wohngebietes kommen hier täglich zu selbständiger und betreuter Beschäftigung zusammen, offener Freizeitgestaltung, zu

Projekten, wie die Cheerleader und anderem Freizeitsport, ins Fitnessstudio, oder machen unter Anleitung Hausaufgaben. Jörg-Peter Schepperkötter, der für den SC den Jugendclub verantwortet, sagt: „Der Sportclub sieht nicht nur den Leistungssport, wir fühlen uns auch für offene Freizeitangebote für Jedermann verantwortlich, besonders hier in unserem Wohngebiet.“ rd



Wir brauchen in Deutschland ein Arbeitsgesetzbuch!

Ein entsprechender Gesetzesentwurf muss ein Projekt der LINKEN werden/
Aufruf zur Bildung einer bundesweiten AG „Arbeitsgesetzbuch“

Am 25.09.2008 konstituierte sich in Potsdam die Projektgruppe „Arbeitsgesetzbuch“, die auf ihrer Beratung die ersten Arbeitsschritte zur Verwirklichung dieses Vorhabens beschloss und zugleich einen Aufruf zur Bildung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ veranlasste.

Im Vordergrund stehen zunächst die Analyse der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen und der höchstrichterlichen Rechtsprechung, die Auseinandersetzung und Wertung der vorliegenden neoliberalen Gesetzesentwürfe, die Auswertung der DDR-Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung und die Erarbeitung erster Rechtsgrundsätze und Generalklauseln (Gewährleistung der Grundrechte, Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften, Arbeitsschutzrechte).

Wir müssen in die Arbeitsrechtsentwicklung gestaltend eingreifen, seine lückenhafte und durch die Vielzahl von Einzelgesetzen und widersprüchliche Urteile völlig unübersichtliche Kodifikation überwinden.

Aus der Wertung des geltenden Arbeitsrechts, seiner Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsver-

hältnisse und der besonderen Rolle bei einer Erneuerung des Sozialstaates ergibt sich der politische Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes als Projekt der LINKEN.

Das sich neu bildende Bewusstsein für Veränderungen des Arbeitsrechts muss sich in neuen Regelungsideen wiederfinden. Es besteht politischer Reformbedarf.

Um einer solchen Aufgabenstellung gerecht zu werden, bedarf es neben gründlicher Analyse, eines weitgehenden Meinungsbildungsprozesses, vor allem mit den Gewerkschaften und sozialen Organisationen und der aktiven Mitarbeit von Arbeitsrechtspraktikern, Vertretern der Wirtschaft, Betriebsräten und derer, die an der Ausarbeitung des AGB der DDR beteiligt waren.

Die Arbeitsrechtsentwicklung darf nicht den „Selbstläufen“ der freien Marktwirtschaft überlassen bleiben. Ein neues einheitliches Arbeitsrecht wäre ein ganz bedeutsamer Schritt zu mehr Rechtseinheit, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

Gehen wir ein solches Projekt an!

In Kürze werden eine Reihe von Symposien zum

Thema „Vereinheitlichung des Arbeitsrechts und Schaffung eines Arbeitsgesetzbuchs“ durchgeführt.

Darüber hinaus geht es um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, die die bestehenden Unzulänglichkeiten des geltenden Arbeitsrechts analytisch herausarbeitet, eigene Schwerpunkte und flankierende Rechtsnormen für ein AGB erarbeitet und interdisziplinär, in Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, Arbeitsökonomern, Volkswirtschaftlern und Alternativökonomern neue Wege für die Gewerkschaften, Genossenschaften und Vertreter der solidarischen Ökonomie sowie der parlamentarischen Linken zur Begründung von gerechten Arbeitsverhältnissen aufzeigt.

Der Landesverband DIE LINKE Brandenburg unterstützt dieses Projekt

Wir rufen deshalb zur Bildung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ auf und bitten um Meldung von Interessierten unter AGB.Hultsch@web.de

Initiator dieses Aufrufes ist die Landesarbeitsgemeinschaft „Solidarische Ökonomie“ DIE LINKE Land Brandenburg.
Dr. Steffen Hultsch

Club SternKabarett im Haus STERN*ZEICHEN

Freitag, 31. Oktober 2008, 19:00 Uhr:

Die Lutken Weißwasser: Was wird bleiben?!

Die Lutken: Obwohl „DIE LUTKEN“ zum ersten Mal in der Reihe >Kabarett Am Stern< auftreten, sind sie in Potsdam nicht unbekannt. Bei „Willis Stammtisch“ und bei den Aktionen zum Weltspartag, der in den neunziger Jahren der „Tag der Arbeitslosen“ war, haben sie aktiv und publikumswirksam mitgemischt. In ihrem neuesten Programm hinterfragen die acht Kabarettistinnen und Kabarettisten, vorder- und hintergründig, bei den Akteuren der schwarz-roten Politik der Bundesrepublik: Was Ergebnisse, was wert (Mehrwert) ist, was davon bleiben wird. Das Kabarettensemble, welches in diesem Jahr ihr 30. Bühnenjubiläum begeht, hat dazu weder einen roten noch schwarzen Faden, es benutzt das traditionelle Nummernprogramm, um gesellschaftliche wie individuelle Situationen satirisch erlebbar zu machen.

Ein Edikt, das vom Volke ausgeht

Gedanken zur Diskussion Potsdams über ein neues Toleranzedikt/Von Pete Heuer

Potsdam braucht ein neues Toleranzedikt. Es soll ein Toleranzedikt sein, das über sein Vorbild von 1685 hinausgeht. Ein Toleranzedikt, das sich auf die gegenwärtige Situation bezieht, wegweisend für die Entwicklung der Stadt Potsdam ist und auf das Land Brandenburg ausstrahlt.

Das Edikt von 1685 war nach heutigem Verständnis ein Programm zur Unterstützung der Immigration ausländischer Mitbürger („die sich in ihren Landen niederlassen werden“) – der in Frankreich verfolgten Angehörigen der Religionsgemeinschaft der „Evangelisch-Reformierten Französischer Nation“, und nur dieser. Das Edikt von 1685 spricht von „Rechte/Privilegia und Wohlthaten“. Es zielte auf die Ansiedlung und damit wirtschaftliche Stärkung Brandenburgs.

Fakt ist, das Edikt aus dem Jahr 1685 wurde dem Volke verordnet. Ein Toleranzedikt im 21. Jahrhundert muss vom Volk in Kraft gesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger Potsdams sollten über das neue Toleranzedikt abstimmen und ihm so Anerkennung und Durchsetzungsfähigkeit verleihen. Ein Edikt, das vom Volke ausgeht. Erst dann wird aus der Willensbekundung eine Selbstverpflichtung, die Glaubwürdigkeit erlangt, vollziehbar und nachprüfbar wird.

Genügt der Toleranzbegriff diesen Zielstellungen? Von seinem bloßen Wortsinn sicher nicht. Er genügt nicht im engeren Wortsinn – der Duldung. Auch seine Dehnbarkeit von Null-Toleranz bis Gleichgültigkeit ist problematisch. Soll der – im Sprachgebrauch positiv besetzte – Begriff also zum Erfolg eines Konzeptes führen, bedarf es einer klaren Ausgestaltung. Das beinhaltet Null-Toleranz gegenüber Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus und es beinhaltet die strikte Ablehnung von Gleichgültigkeit – einem unserer großen Probleme im gesellschaftlichen Umgang.

Toleranz verlangt Solidarität.

Solidarität bedeutet sozialer Ausgleich. Ohne dieses Bekenntnis bleibt Toleranz ein Lippenbekenntnis. Nur so können wir praktizierte Toleranz erreichen. Ja, Toleranz ist nicht vom Einkommen und der sozialen Lage abhängig, wohl aber von Willen, Charakterstärke und Vermögen des Einzelnen. Eigenschaften die in unserer Gesellschaft ungleich verteilt sind. Toleranz wird mit Leben erfüllt, wenn der Starke dem Schwachen hilft und wenn sich die Schwachen untereinander helfen. Man kann gegenüber Reichtum gleichgültig sein, nicht aber gegenüber Armut. Wir brauchen keine Neiddebatte, sondern wirkungsvolle Hilfe für sozial Benachteiligte. Es gibt in Potsdam viel Engagement für die Restaurierung und Errichtung von Wohlstandssymbolen, es gibt

zu wenig Engagement für sozialen Ausgleich.

Toleranz verlangt Integration statt Ausgrenzung.

Was oft auf das Thema „ausländische Mitbürger“ reduziert wird, meint in Wirklichkeit viel mehr. Es ist das Verständnis dafür, dass einschließlich der eigenen Personen, jeder in diesem Land und in dieser Stadt in irgendeiner Hinsicht einer Minderheit angehört. Sei es hinsichtlich der Nationalität, der Hautfarbe, der Sprache oder aber hinsichtlich der Qualifikation, des finanziellen Einkommens oder aber hinsichtlich des Alters, der Gesundheit, der individuellen Leistungsfähigkeit. Niemand möchte stigmatisiert und ausgegrenzt werden oder auch nur Nichtachtung oder Geringeinschätzung erfahren. Was man selbst nicht erfahren möchte, sollte man auch andere nicht spüren lassen. Das ist das mindeste. Besser noch setzt man eigene Stärken ein, anderen zu helfen, Schwächen zu überwinden.

Toleranz verlangt Bildung und Kultur.

Damit die vielen klugen Worte zur Toleranz nicht frommer Wunsch einer Gruppe von „Gutmenschen“ bleibt, muss das Anliegen vermittelt werden. Toleranz kann man schwer verordnen, Toleranz kann man erlernen. Toleranz ist uns nicht zwangsläufig von Natur aus gegeben. Durchsetzungskraft und Entschlossenheit sind gefragte Eigenschaften. All zu oft richten sie sich aber auch gegen etwas, den eigenen Vorteil vor Augen. In Familie, Kindergarten und Schule sollen die Heranwachsenden einen Umgang des Miteinanders erlernen. In der Kultur soll sich mit den Folgen des realen Widerspruchs zwischen dem Streben nach Überlegenheit in Konkurrenz als Triebkraft unserer Gesellschaftsordnung und der angestrebten Toleranz und Ausgleich beschäftigt werden. Statt Gleichgültigkeit oder Intoleranz könnte vielleicht etwas mehr Großzügigkeit und Gelassenheit unser Leben bereichern.

Toleranz verlangt Bescheidenheit bei der Inanspruchnahme von Allgemeingut.

Wälder und Offenlandschaft unterliegen in Deutschland einem großzügigen allgemeinen Betretungsrecht. Gleiches gilt für Gewässer. Alle Uferstreifen und Parks sollten dazugehören. Allenfalls aus Gründen des Erhalts und Schutzes sind Einschränkungen denkbar, beschränkt

auf das erforderliche Maß. Straßen und Wege sind ebenfalls öffentliche Räume, Luft und Licht gehören allen. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Maß der Inanspruchnahme und das Schutzbedürfnis soll durch Bevorrechtung geregelt werden. Fußgänger, Radfahrer und öffentlicher Personenverkehr vor motorisiertem Individualverkehr sind demnach angesagt. Für Verzicht und Bescheidenheit gilt es, mit Regelwerken die richtigen Anreize zu schaffen. Toleranz bedeutet, mit anderen zu teilen.

Toleranz verlangt Weltoffenheit.

Das Gegenteil von Heimweh ist Fernweh. Für den einen ist die Fahrt nach Berlin eine Weltreise, für junge Menschen ein Jahr in Amerika zu verbringen, inzwischen fast schon selbstverständlich. Reisen bildet. Immer haben wir an die Gastgeber im Ausland hohe Erwartungen: Respekt, Service, Sicherheit... Bringen wir all das auch den Besuchern unserer Heimat entgegen? Um für andere Kulturen, für Menschen anderer Nationen das notwendige Verständnis zu entwickeln, muss man diese kennen lernen. Man muss verstehen, dass andere Sitten und Bräuche nicht schlechter oder besser sind, dass man kaum das Recht hat, sie überhaupt zu bewerten, wohl aber die Pflicht, sie zu akzeptieren. Davon mag es Ausnahmen geben, wenn es um die körperliche und seelische Unverletzlichkeit geht.

Toleranz als Maßstab des Umgangs

Toleranz verlangt Bereitschaft zur Akzeptanz. Toleranz bildet den Rahmen für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit und unserer Gesellschaft in einer Atmosphäre der gegenseitigen Achtung mit dem Ziel neuer und besserer Lösungsvorschläge. Im Ergebnis muss zumindest Kompromissfähigkeit ausgebildet werden, besser noch die Stärke, Ideen und Vorschläge anderer zu akzeptieren – auch unter Verzicht auf die eigenen ursprünglichen Positionen. Maßstab müssen Qualität, Mehrheitsfähigkeit und Gemeinwohl sein. Übergreifendes Denken und die Suche nach Gemeinsamkeiten, um Gegensätze zu überwinden, kann einen anderen Stil des Umgangs in unsere Gesellschaft bringen.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“

(Albert Einstein)

Briefband „Jede Sorte von Glück“

In Briefen an die Eltern beschreibt Brigitte Reimann ihr tägliches Leben

Briefbände und Memoiren finden ihr Publikum ohne viel Reklame. Auch Brigitte Reimanns Briefe an die Eltern, im Aufbau-Verlag zur Leipziger Frühjahrsmesse erschienen, sind auf der Hitliste des Verlages schon seit vielen Wochen. Wer die Franziska Linkerhand-Autorin Brigitte Reimann kennt, braucht nicht unbedingt den animierenden Titel „Jede Sorte von Glück“, um sich auch diesen neuen Band von ihr zu kaufen. Man weiß von ihren veröffentlichten Tagebüchern und Briefwechseln her (mit Christa Wolf, Hermann Henselmann, Irmgard Weinhofen und Verlore Schwirtz), dass Brigitte Reimann eine passionierte Briefschreiberin war.

Die hier vorliegende Sammlung ist eine Auswahl aus den 426 Briefen, Postkarten

und Telegrammen, die Brigitte Reimann ihren Eltern nach Burg bei Magdeburg schrieb, nachdem sie im Januar 1960 mit Siegfried Pitschmann nach Hoyerswerda „in die Schwarze Pumpe“ – in das Braunkohlerevier – gezogen war. Wöchentlich berichtete Reimann über ihren neuen Arbeits- und Lebensort. Sie fütterte damit auch die Familienrundbriefe des Vaters, die dieser aus den Briefen seiner vier Kinder zusammenstellte, um die Familie nach dem Ausfliegen der erwachsenen Kinder zusammenzuhalten.

Neben den vielen interessanten neuen Details zu ihren Schreibprojekten, zu den Querelen in Hoyerswerda und der ‚großen‘ Kulturpolitik in der ‚kleinen‘ DDR, zu ihren Partnerkonflikten und den Sor-

gen um Möbelkauf in Hellerau, erfährt man hier, dass es für Brigitte Reimann zwei Konstanten in ihrem ansonsten sehr unruhigen Leben gegeben hat: die Liebe zu den Eltern und ihr Schreiben. Sie öffnet sich gegenüber den Eltern auch ohne Scheu in so diffizilen existentiellen Angelegenheiten wie der eigenen Krebskrankheit und dem Sterben. Wie genau Reimann hier die Balance im Schreiben gewinnt, ihren Eltern nichts vorzuheulen, aber auch nicht schroff abweisend zu sein, als die Krebskrankheit Gewissheit ist, sie die Eltern bittet, das Mitleid im Zaum zu halten und stattdessen an die Reimannsche Familieneigenschaft appelliert, sich nicht umblasen zu lassen, sondern daran zu glauben, dass sie ein ‚Stehaufmännchen‘ ist, das ist berührend und beweist die tiefe Verbundenheit mit den Eltern.

Mit diesem Briefband an die Eltern hat die Lektorin Dr. Angela Drescher dem Aufbau-Verlag, nach den Tagebüchern „Ich bedaure nichts. 1955–1963“ (1997 veröff.) und „Alles schmeckt nach Abschied. 1964–1970“ (1998 veröff.) sowie der Neuausgabe des Romans „Franziska Linkerhand“ (1998) einen neuen Bestseller beschert. Mitherausgeberin ist Heide Hampel, die den Nachlass von Brigitte Reimann jahrelang betreut hat und die mit Margrid Bircken die Bildbiographie im Aufbau Verlag herausgegeben hat.

Man kann nur dringlich wünschen, dass der neue Briefband in den gegenwärtigen Stürmen um den Erhalt des Aufbau-Verlages nicht untergeht. M.B.

Brigitte Reimann: Jede Sorte von Glück. Briefe an die Eltern.

Herausgegeben von Heide Hampel und Angela Drescher.

Aufbau Berlin 2008

ISBN 978-3-351-03247-0



Am deutschlandweiten „Tag der Bibliotheken“, dem **24. Oktober 2008**, stellt die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam den vorliegenden Band vor.

Um 17 Uhr wird die Herausgeberin Angela Drescher in der Hauptbibliothek am Lesecafé aus ihrem Buch, das zum 75. Geburtstag Brigitte Reimanns, am 21. Juli 2008 erschienen ist, lesen und zum Gespräch zur Verfügung stehen.

Eintritt: 5,- Euro/ermäßigt 3,- Euro



Brigitte Reimann und Siegfried Pitschmann in Hoyerswerda.

„Lernorte für Demokratie“

Neues Hochschulgesetz mit heißer Nadel gestrickt

Im Zuge der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich der Hochschulen vollständig auf die Länder übergegangen. Deswegen tritt in diesem Herbst auch das Hochschulrahmengesetz außer Kraft, das bisher die Bereiche regelte, die Bundesangelegenheiten waren.

Bereits im Frühjahr legte die Landesregierung deshalb einen ersten Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes für Brandenburg vor. Aus Sicht der LINKEN müsste sich ein neues Hochschulgesetz vor allem an folgenden Zielstellungen orientieren:

- Steigerung der Qualität der Lehre,
- Ausweitung eines sozial gerechten Studiums,
- Erhöhung der Autonomie von Hochschulen bei gleichzeitiger Demokratisierung,
- Entwicklung der Hochschulen als Ort und Impulsgeber der gesellschaftlichen Debatte.

Leider wird auch der inzwischen mehrfach überarbeitete Entwurf diesen Anforderungen nicht gerecht. Schon im Vorfeld ist er von den Betroffenen – Studierenden, Lehrenden und auch Hochschulleitungen – intensiv diskutiert und kritisiert worden. Dies hat jedoch die Landesregierung offenbar wenig beeindruckt. Die Eile, mit der das Gesetzgebungsverfahren betrieben wird, ist schon auffällig. Die Anhörung im Wissenschaftsausschuss wurde sogar ei-

gens in der parlamentarischen Sommerpause terminiert. Dennoch waren viele Betroffene gekommen, um ihrem Missfallen Ausdruck zu verleihen. Wesentliche Kritikpunkte der LINKEN am Gesetzentwurf kamen dabei zur Sprache.

So ist eine deutliche Verschärfung der Regelungen für Studierende geplant. Statt zeitgemäßer Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium, das der Lebenswirklichkeit der meisten Studierenden gerecht wird, soll es künftig sogar möglich sein, Studierende nach einer von der Hochschule festzulegenden Überschreitung der Regelstudienzeit ohne Abschluss zu exmatriculieren. Die Möglichkeiten zur Erarbeitung des eigenen Lebensunterhalts, zur Kinderbetreuung und zu ehrenamtlichem Engagement neben dem Studium werden damit weiter eingeschränkt, die soziale Auslese schon vor Studienbeginn weiter verschärft. Ganz klar plädiert die LINKE auch für eine Absage an jegliche Form von Studiengebühren einschließlich der auch im neuen Entwurf enthaltenen Rückmeldegebühren in der bisherigen Höhe von 51,13 € pro Semester.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Erweiterung der Hochschulautonomie. Die Landesregierung verabschiedet sich mit ihrem Gesetzentwurf weitgehend vom Prinzip der Gruppenuniversität. Stattdessen will

sie den Hochschulen die Organisation der Willensbildung und Entscheidungsprozesse selbst überlassen und stärkt die Position des Hochschulpräsidenten erheblich. Auch das lehnt die LINKE strikt ab. Hochschulen müssen Lernorte für Demokratie sein. Schon deshalb gilt es, alle Mitglieder und insbesondere die Studierenden umfassend in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Die mit dem Gesetzentwurf drohende Präsidialautokratie wird selbst von den Hochschulleitungen zum großen Teil äußerst kritisch gesehen.

Die Möglichkeit der Hochschulen, mit Mitteln Dritter nun Körperschaftsvermögen aufzubauen, darf nicht dazu führen, dass sich das Land schleichend aus einer bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen zurückzieht. Nur dann macht eine solche Regelung überhaupt Sinn.

Brandenburgs Markenzeichen sollte nicht nur ein qualitativ hochwertiges, sondern auch ein besonders günstige soziale Bedingungen bietendes Studium werden. In diesem Sinne weist das Gesetz noch erheblichen Änderungsbedarf auf. Dafür werden wir uns gemeinsam mit den Betroffenen mit zahlreichen Änderungsanträgen weiter einbringen.

Der Landtag beschließt das neue Gesetz voraussichtlich im Oktober oder November dieses Jahres.

Peer Jürgens,
Hochschulpolitischer Sprecher der LINKEN
im Landtag Brandenburg

Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen

Am 24.09.08 folgten wieder einmal mehr als sechzig Menschen aus nah und fern der Einladung des außergewöhnlichen, betagten Internationalisten Walter Ruge – im Rahmen einer Foto-Ausstellung und Buchlesung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft – in das Alte Rathaus Potsdam.

Am weitesten angereist war die Pariser Wissenschaftlerin Dr. Anne-Marie Pailhas, die in einem beeindruckenden Vortrag Walter Ruge würdigte und schilderte, wie sie dessen Lebensbericht durch das Buch „Prisonnier no 8403“ in Frankreich bekannt gemacht hat. In einem kurzen Film-Ausschnitt wurden die Besucher der Veranstaltung Zeuge, dass Walter Ruge in einem Interview für einen bekannten französischen Fernsehsender schlagfertig in französischer Sprache reagierte. Dass er perfekt Russisch spricht, war ja bekannt und für viele Freunde kein Wunder. Schließlich war er 25 Jahre Bürger der Sowjetunion, davon mehr als 10 Jahre im Straf-Lager sowie in der Verbannung. Inzwischen gibt es die von Walter Ruge geschriebenen Bücher „Treibeis am Jenissei“ und „Wider das Vergessen“ sowie den Film von Stefan Mehlhorn „Über die Schwelle“, die schon viele Leserinnen, Leser und Zuschauer in den Bann gezogen haben. Aber wer da glaubt, schon alles über diesen geistvollen, bewundernswerten Humanisten und Marxisten zu wissen, der irrt gewaltig. Und Walter Ruge berichtet nicht nur über Vergangenes. Er mischt sich auch aktiv ein in das widerspruchsvolle Heute, äußert sich kritisch gegen die Verursacher von Kriegen und Sozialraub. Walter Ruge erinnert mich immer wieder an das „Trotz alledem!“ des Kommunisten Karl Liebknecht. Er war, ist und bleibt ein Freund der Russen – wie viele echte Internationalisten.

Verwundert waren viele Teilnehmer der Veranstaltung, dass sich – trotz Einladung – die Potsdamer Lokalzeitungen und PTV dieses sehr interessante kulturelle und politische Ereignis haben entgehen lassen.

Horst Jäkel

Anmerkung der Redaktion: Wir hatten leider keine Einladung. Sonst wären wir vor Ort gewesen.

Fahrradstadt Potsdam?



„Sind Sie schon einmal mit dem Fahrrad die Behlerstraße und die Straße Am Neuen Garten gefahren?“, fragt mich die Dame neben mir bei der Fahrraddemo am 21.09.? Sie nimmt als Betroffene und aus Mitgefühl für die vielen fahrradfahrenden Kinder teil, die sie morgens auf dem Weg zur Kita oder zur Schule an diesem Verkehrsknotenpunkt beobachtet.

Die Bürgerinitiative Babelsberger Park hatte „die sichere Radwegführung zwischen Gotischer Bibliothek und Alleestraße“ zum wiederholten Mal auf die Tagesordnung gesetzt, doch nichts tat sich – es gab nur Versprechungen. „Auch wenn die Wege im Neuen Garten angeblich nicht als Radwege geeignet sind, wären sie alle male sicherer als das Fahrradfahren in diesem Bereich“.

Deshalb lautet die Forderung der BI an die Stadt, die Stadtverordneten und an die SPSG:

„Es ist genauso wichtig in die Sicherheit der Lebenden zu investieren, wie für die Erhaltung der Parks, deshalb: ‚Gebt die Wege frei‘“. Eine ergänzende Forderung ist die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit in der Behlerstraße auf 30 km/h.

Einen weiteren Schwerpunkt der Demo bildeten die Forderung nach zusätzlichen durchgehenden Radwegen und die Aufhebung des Fahrradmitführverbotes in den Parks, da angeblich das Schieben von Fahrrädern für die SPSG eine „Störung des musealen Bildes“ darstellt.

Auf dem Weg zum Mühltor am Babelsberger Park machte die Fahrraddemo an den Wiesen zwischen Zentrum Ost und Babelsberger Park eine kurze Pause. Dort sprach Jens Lüscher über die fehlenden Trainingsplätze in Babelsberg. Sandscholle und Karli reichen nicht aus – sie müssen Trainingsgruppen absagen. Babelsberg hat nur noch wenige entwicklungsfähige Flächen, die Stadt sollte deshalb dieses Areal für die Kinder und Jugendlichen erschließen. Demoteilnehmer hatten Herrn Platzeck auf dem Rad gesichtet, doch er hatte es wohl eilig, jedenfalls hatte er keine Zeit für ein paar Worte an die ca. 100 Demonstranten.

Vertreter der Bürgerinitiative „Griebnitzsee für alle“ übernahmen dann den Staffelstab und führten die Radtour auf dem Uferweg am Griebnitzsee bis zu dem jüngsten Potsdamer Denkmal, dem letzten Potsdamer Mauerrest.

Dr. Stephan Worseck

• tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine

Dienstag, 07.10.2008, 13.30 Uhr:

Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert der besonderen Art mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“. **Dahlweid

Dienstag, 07.10.2008, 18 Uhr:

Stars, die in den Osten kamen - Filmvorführung und Diskussion mit den Dokumentarfilmern Rainer Burmeister und Hans Sparshuh
RLS*

Donnerstag, 09.10.2008, 18 Uhr:

Veranstaltungsreihe „Potsdamer Profile“ - Gastgeberin: Anita Tack (MdL/DIE LINKE) „Potsdam – Studentenstadt?“ Podiumsgespräch mit Prof. Dr.-Ing. Johannes Vielhaber, Rektor der Fachhochschule Potsdam, und Prof. Dr. Dieter Wiedemann, Präsident der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“, Potsdam-Babelsberg; RLS*

Dienstag, 14.10.2008, 18 Uhr:

„Die Welt, in der wir leben“. Lobbyismus – Interessen – Macht - Vortrag und Diskussion mit Dr. Rudolf Speth (Otto-Suhr-Institut der FU Berlin) Moderation: Dr. Arnold Schölzel (junge Welt, Chefredakteur, Berlin) RLS*

Mittwoch, 15.10.2008, 16.00 Uhr:

Buchvorstellung durch den Autor Prof. Dr. Fincker „Der Dämon kam über uns“ – Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild Westdeutschlands 1945-1955. Alleestraße 3.

Dienstag, 14.10.2008, 14.30 Uhr:

„Schätze der Swahili-Küste – mit Kamera und Kochbuch unterwegs in Ostafrika“ Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. **Dahlweid

Montag, 20.10.2008, 14.30 Uhr:

„Manu – der Fluss des Lebens“ Ein Video-Spaziergang mit Karl Kreuzt. Im Nationalpark am Fluss Manu im Regenwald Amazoniens, wo die Zeit still zu stehen scheint, gelten auch heute noch die Gesetze der Natur. **Dahlweid

Dienstag, 21.10.2008, 18 Uhr:

Potsdamer Buchpremiere: „Über linke Heimatliebe“ Buchvorstellung mit dem Autor Klaus Höpcke (Berlin) Buchhandlung Literaturladen Wist, Dortustr. 17

Dienstag, 21.10.2008, 14.30 Uhr:

„Die russische Kolonie Alexandrowka“ Historisches und Aktuelles im Gespräch mit Dr. Herbert Schlohm mit Bildern und Gedichten über ein schönes Stück Potsdam. **Dahlweid

Mittwoch, 22.10.2008, 13.30 Uhr:

„18, 20, Buben 'raus“ Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. **Dahlweid

Freitag, 24.10.2008, 17 Uhr:

Gebrauchsanleitung für deutsche Medien: 15. Veranstaltung: „Fehlende Fakten, falsche Meinungen, fatale Entwicklungen – kritische Betrachtungen über die Massenmedien“ Vortrag und Diskussion mit Rainer Rupp (freier Journalist, Saarburg) Moderation: Dr. Frank Schubert (Langerwisch) RLS*

Mittwoch, 24.10.2008, 14.00 Uhr:

„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei meinen Reisen durch das Land der Kontraste“. Ingrid Püschel (Vorsitzende des Vorstandes der Dahlweid-Stiftung) erzählt in ihren Filmen von ihren abenteuerlichen Reisen ganz allein durch Indien. Freizeitstätte, Schillerplatz 20, 14471 Potsdam.

Samstag, 25.10.2008, 14.00 Uhr:

„Die russische Kolonie Alexandrowka“ Kleiner herbstlicher Spaziergang mit Dr. Herbert Schlohm, diesmal ganz langsam und besinnlich! **Dahlweid

Montag, 27.10.2008, 13.30 Uhr:

„Potsdamer Geschichten – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski“ Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Potsdamer Geschichten“ (Teil 1), zusammengetragen und erzählt von Frau Eva Dobrzinski (ehem. Potsdamer Polizeiorchester). **Dahlweid

Dienstag, 28.10.2008, 14.00 Uhr:

„Glück muss man haben“ – ein bunter Nachmittag mit Rätseln, Spielen und viel Musik. Manfred Bischoff gestaltet diesen Nachmittag mit Rätseln und Liedern und viel Musik zum Mitsingen, Schunkeln und Tanzen. **Dahlweid

Dienstag, 28.10.2008, 18 Uhr:

Potsdamer Buchpremiere: „Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie“ Buchvorstellung mit der Autorin Prof. Dr. Annelies Laschitzka (Berlin) Buchhandlung Literaturladen Wist.

* RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 15

** Dahlweid-Stiftung, Edisonstraße 11, Zentrum-Ost